

## Nürnberg empfiehlt:

### BESSERE ALPHABETISIERUNGS- UND SPRACHANGEBOTE

Die Unterstützung für analphabetische Frauen muss umgestaltet werden. Statt geflüchtete Frauen in schnell fortschreitende Sprachkurse zu drängen, sollten Programme entwickelt werden, die eine mehrsprachige und diversitätssensible Sprachbildung in einem unterstützenden Umfeld bieten. Diese Programme sollten auch praktische Fähigkeiten wie Nähen und Frisieren umfassen, um vorhandene Talente zu fördern und den psychischen Druck der Teilnehmerinnen zu verringern. Zudem sind bessere Betreuungsmöglichkeiten sowie mehr Kita-Plätze für die Kinder erforderlich.

### NIEDRIGSCHWELIGE MASSNAHMEN ZUR UMFASSENDEN FÖRDERUNG VON PRAKTISCHEN FÄHIGKEITEN GEFLÜCHTETER FRAUEN

Diese Maßnahmen sollten über Sprachkurse hinausgehen und Schulungen in Bereichen wie Computerkenntnisse, Digitalisierung, Schwimmen, Sport und Handarbeiten umfassen. Ziel ist es, die Selbstermächtigung, Selbstständigkeit und Teilhabe der Frauen in der Migrationsgesellschaft zu stärken.

### SICHERE WOHNÄUßER UND MENSCHENRECHTSKONFORME UNTERKÜNFTE

Es ist notwendig, dezentralen und sicheren Wohnraum für Gruppen vulnerabler Frauen einzurichten, wie z.B. afghanische Hazara-Frauen, Jesidinnen und iranische Frauen. Außerdem ist eine menschenwürdige Unterstützung in Unterkünften erforderlich, um Privatsphäre und Sicherheit zu gewährleisten, insbesondere für alleinstehende Frauen sowie Familien mit Kindern und Jugendlichen.

### MEHRSPRACHIGE AUFKLÄRUNGSSEMINARE ÜBER DIE RECHTE VON FRAUEN UND KINDERN

In diesen Seminaren sollte ein breites Unterstützungsnetzwerk für vulnerable Frauen vermittelt werden. Niedrigschwellige und mehrsprachige Formate in vereinfachter Sprache sind angestrebt – auch für analphabetische Frauen. Beispielsweise sollten Notrufnummern mit Icons berücksichtigt werden.

\*Afghanische, jesidische und iranische geflüchtete Frauen bringen aufgrund von Krieg, Verfolgung und geschlechtsspezifischer Gewalt häufig traumatische Erfahrungen mit, die durch patriarchale Strukturen, kulturelle Isolation oder politische Repression verstärkt werden. Dadurch wird die spezifische Unterstützung in Bildung, psychologischer Betreuung und Anerkennung ihrer Ressourcen für diese vulnerable Gruppe besonders wichtig.

**Hoyerswerda empfiehlt:**

## **SCHAFFUNG EINER RASSISMUSFREIEN GEMEINSCHAFTSSTRUKTUR**

Um eines der größten Integrationshindernisse zu überwinden, ist es notwendig, eine Gemeinschaftsstruktur ohne Rassismus zu etablieren. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Wohnraum- und Arbeitsbeschaffung, um die Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft zu fördern.

## **ENTWICKLUNG LANGFRISTIGER INTEGRATIONSPLÄNE**

Es sollten Integrationspläne entwickelt werden, die Geflüchtete zur Mitgestaltung der Migrationsgesellschaft motivieren. Dies könnte durch die regelmäßige Gewährung des Chancenaufenthalts geschehen, nicht nur für diejenigen, die seit fünf Jahren in Deutschland leben, sondern auch für Personen, die bereits zwei oder drei Jahre hier sind.

## **UNTERSTÜTZUNG LOKALER MIGRANTISCHER ORGANISATIONEN**

Lokalen Organisationen, die Geflüchteten helfen und ihren Integrationsprozess beschleunigen, sollte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Diese Organisationen spielen eine zentrale Rolle bei der Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe.

## **VERLÄNGERUNG DES CHANCENAUFENTHALTS**

Die Dauer des Chancenaufenthalts sollte von derzeit 18 Monaten auf 24 oder 30 Monate verlängert werden. Dies würde den Geflüchteten mehr Zeit geben, sich in der Gesellschaft zu integrieren und ihre Lebenssituation nachhaltig zu verbessern.

## Dresden empfiehlt:

### **LANGFRISTIGE FINANZIELLE SICHERUNG UND STRUKTURELLE UNTERSTÜTZUNG DES WELTCLUBS**

Der Weltclub als interkulturelles Zentrum ist ein zentraler Ort für Begegnung, Austausch und Empowerment für Menschen mit Migrationsgeschichte. Um den Betrieb und die Weiterentwicklung nachhaltig zu sichern, ist eine langfristige finanzielle Unterstützung notwendig, die es ermöglicht, den Raum thematisch, kreativ und bedarfsgerecht aktuell zu halten.

### **FÖRDERUNG MIGRANTISCH GELEITETER SOZIALARBEIT IN KOMMUNALEN STRUKTUREN**

Die Stadt Dresden sollte die Arbeit des migrantischen Verbunds Afropa e.V. in den kommunalen Sozialstrukturen absichern. Die institutionelle Einbindung migrantisch geleiteter Sozialarbeitsteams ist entscheidend, um kultursensible Unterstützung und Beratung anzubieten sowie spezifische Bedürfnisse der Communities effektiv anzusprechen.

### **STÄRKUNG INTERKULTURELLER KOMPETENZEN UND ANTIRASSISMUSARBEIT**

Alle Kinder und Jugendlichen sollen Zugang zu professionellen Antirassismus-Workshops erhalten, unabhängig vom Engagement einzelner Lehrkräfte. Hierfür sind ausreichende Fördergelder notwendig, um Fachkräfte auszubilden und zu entlohnen, sodass altersgerechte und gesellschaftlich relevante Bildungsangebote flächendeckend bereitgestellt werden können. Zudem sollen Migrant:innenorganisationen als feste Partner für politische Bildung in Schulen integriert werden, um strukturiert und langfristig gegen Rassismus und Diskriminierung vorzugehen.

### **ERHÖHUNG KOMMUNALER MITTEL ZUR STÄRKUNG EINER MIGRATIONSENSIBLEN UND RASSISMUSKRITISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT**

Angesichts der starken Präsenz der AfD und des wachsenden rechten Einflusses in Ostdeutschland ist gezielte finanzielle Unterstützung für migrantische Initiativen erforderlich. Diese Initiativen setzen sich aktiv für Demokratie, Toleranz und den Schutz von Minderheiten ein. Afropa e.V. fordert daher die Bereitstellung spezieller kommunaler Mittel zur Förderung von Projekten und Aktionen, die interkulturellen Austausch und eine solidarische Stadtgesellschaft stärken sowie sich klar gegen rassistische und extremistische Tendenzen positionieren.

\*Afropa e.V. ist einer der ganz wenigen Migrant\*innenselbstorganisationen deutschlandweit, die als eigenständiger Träger in der Migrationssozialarbeit tätig sind.

## **Dortmund empfiehlt:**

### **ALPHABETISIERUNGSKURSE FÜR GEFLÜCHTETE FRAUEN**

Alle Kommunen sollen spezielle Alphabetisierungskurse für geflüchtete Frauen bereitstellen und ausbauen, um ihnen den Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe zu erleichtern.

### **SPRACHKURSE FÜR FRAUEN MIT KINDERBETREUUNG**

Die Schaffung von Sprachkursen mit integrierter Kinderbetreuung ist erforderlich, um Frauen mit Kindern die Teilnahme an Sprachkursen zu ermöglichen und ihre Integration zu fördern.

### **DRINGENDE BEREITSTELLUNG VON SCHULPLÄTZEN**

Es müssen sofort zusätzliche Schulplätze für geflüchtete Kinder und Jugendliche geschaffen werden, um das Recht auf Bildung sicherzustellen und die Integration zu fördern.

### **EINE RASSISMUSKRITISCHE GESELLSCHAFT**

Alle Kommunen sollten eine klare, sichtbare Haltung gegen Rassismus einnehmen und sich aktiv für eine diskriminierungsfreie sowie vielfältige Gesellschaft einsetzen.

### **GLEICHE BEHANDLUNG ALLER GEFLÜCHTETEN**

Alle Geflüchteten – unabhängig von ihrer Herkunft – sollen die gleichen Rechte und den gleichen Zugang zu Dienstleistungen erhalten.

### **ABSCHAFFUNG DER BEZAHLKARTE**

Die Praxis der Bezahlkarten für Geflüchtete sollte beendet werden, um ihnen mehr Selbstbestimmung und Zugang zu fairen Zahlungsmöglichkeiten zu ermöglichen.

### **ANGEMESSENE WOHNUNGEN FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN**

Es ist notwendig, barrierefreie und geeignete Wohnräume für geflüchtete Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Diese Wohnungen sollten auf die spezifischen Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnitten sein.

**Reutlingen empfiehlt:**

## **STRUKTURELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR VEREINE**

Um nachhaltig als Anlaufstelle für Migrant\*innen zu wirken, benötigt BiM e.V. (Bildungszentrum in Migrantenhand) eine langfristige finanzielle Unterstützung der Kommune. Dies gewährleistet, dass qualifizierte Fachkräfte im Verein bleiben und nicht aufgrund von Arbeitsplatzunsicherheit gezwungen sind, anderswo nach einer sicheren Anstellung zu suchen. In Zeiten des Fachkräftemangels muss die Kommune sicherstellen, dass diese unverzichtbaren Fachkräfte dort tätig sein können, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

## **AUSBAU DER SPRACHFÖRDERUNG**

Der Spracherwerb sollte nicht nur auf Integrationskurse begrenzt sein, die oft unzureichend sind. Neben formalen Kursen sind niedrigschwellige, praxisorientierte Angebote wie Sprachcafés notwendig. Die Kommune sollte die Sprachförderung als Priorität auf ihrer Agenda führen und eine umfangreiche Palette an Sprachfördermaßnahmen für alle neuen Bürger\*innen in den ersten Jahren sicherstellen.

## **DUALE UNTERSTÜTZUNG FÜR INTEGRATION**

In einer sich wandelnden Gesellschaft, die Integration und Teilhabe fördern möchte, ist es entscheidend, dass Kommunen ihre Unterstützung ausweiten. Für die erfolgreiche Integration von Migrant:innen bedarf es eines dualen Ansatzes: einer strukturellen Absicherung von Organisationen wie BiM e.V. sowie einer umfassenden und niedrigschwelligen Sprachförderung, die auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Migrant:innen eingeht.

## **INVESTITION IN NOTWENDIGE RESSOURCEN**

Die Kommune sollte jetzt in diese notwendigen Ressourcen investieren, um langfristig eine sicherere, besser integrierte und zukunftsfähige Migrationsgesellschaft zu schaffen, die jedem die Möglichkeit zur vollen Entfaltung und Partizipation bietet.

**Stralsund empfiehlt:**

## **SPEZIFISCHE ANGBOTE ZUR INTEGRATION VON KINDERN**

Für eine erfolgreiche Integration von Kindern sind zielgerichtete Angebote notwendig, die ihre individuellen Bedürfnisse berücksichtigen. Diese Programme sollten kulturell sensibel gestaltet und durch die Expertise von Migrant:innenorganisationen unterstützt werden. Indem diese Organisationen eine Brücke zwischen den Kindern und der Gesellschaft bauen, kann die Teilhabe gestärkt werden. Migrant:innenorganisationen sind unverzichtbar, um vulnerable Gruppen zu unterstützen!

## **SPRACHFÖRDERANGEBOTE FÜR MÜTTER**

Im Landkreis Vorpommern-Rügen fehlt seit einem Jahr die ehemals kommunal finanzierte Sprachmittlung, die für den Zugang zu Gesundheits-, Bildungs- und Sozialdiensten essentiell ist. Ohne diese Unterstützung wird die Teilhabe vieler Betroffener massiv erschwert. Wir fordern daher die Wiederaufnahme und Förderung der Sprachmittlung, um Integration und gleichberechtigte Teilhabe zu gewährleisten.

## **STÄRKUNG UND SCHUTZ DEMOKRATISCHER UND MIGRATIONSFREUNDLICHER WERTE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS**

Die AfD hat im Kreistag Vorpommern-Rügen die Position der zweitstärksten Fraktion eingenommen, was eine zunehmende rechtsextreme Einflussnahme auf kommunaler Ebene zeigt. Diese Entwicklung birgt die Gefahr, migrationsfreundliche und demokratische Grundwerte zu untergraben, was eine ernsthafte Bedrohung für die soziale Arbeit darstellt. Insbesondere Initiativen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und die Belange von Migrant:innen einsetzen, sind betroffen. Angesichts dieser besorgniserregenden Tendenzen fordern wir nicht nur die Beibehaltung, sondern ausdrücklich den Ausbau der Mittel und Angebote für geflüchtete und benachteiligte Menschen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Es ist notwendig, starke Strukturen und Maßnahmen zu schaffen, die einer rechtsextremen Unterwanderung entgegenwirken und die Integrität unserer demokratischen Werte schützen.

\*In der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund ist die AfD mit 9 Sitzen die zweitstärkste Fraktion. Dies spiegelt sich in der politischen Landschaft wider und wird in der öffentlichen Wahrnehmung in Zusammenhang gebracht mit Vorfällen von Fremdenfeindlichkeit in der Region.

## Düsseldorf empfiehlt:

### BEIBEHALTUNG DER FINANZIERUNG SOZIALER PROGRAMME FÜR MIGRANT\*INNEN

Die Finanzierung sozialer Programme für Migrant\*innen, insbesondere für Familien mit Menschen mit Behinderungen, darf nicht gekürzt werden. Diese Programme sind entscheidend für Chancengleichheit und soziale Inklusion.

### UNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN MIT MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Spezielle Unterstützungsprogramme für betreuende Familien sollen eingeführt werden, einschließlich finanzieller Zuschüsse, Zugang zu sozialen Dienstleistungen und psychologischer Hilfe. Zudem sollten flexible Arbeits- und Lernregelungen für Eltern und Betreuer angeboten werden.

### VERBESSERUNG DER ZUGÄNGLICHKEIT DER INFRASTRUKTUR

Es müssen verbindliche Vorschriften eingeführt werden, die sicherstellen, dass Wohngebäude und öffentliche Räume den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen angepasst werden.

### FÖRDERUNG INKLUSIVER BILDUNG

Das Recht auf inklusive Bildung für Kinder mit Behinderungen in Regelschulen muss gewährleistet werden, mit notwendiger Unterstützung wie Lehrassistenten, angepassten Lehrplänen und speziellen Materialien. Lehrer und Fachkräfte müssen ausreichend für die Arbeit mit Kindern mit Behinderungen geschult werden.

### VERBESSERUNG DES GESUNDHEITSSYSTEMS UND INTERKULTURELLE MEDIZINISCHE UNTERSTÜTZUNG

Menschen mit Behinderungen müssen Zugang zu hochwertiger medizinischer Versorgung und Rehabilitationsdiensten haben. Es sollen flexiblere und leichter zugängliche langfristige Rehabilitations- und Pflegeprogramme eingeführt werden. Zudem muss ein System implementiert werden, das kulturell angepasste Gesundheitsdienste sicherstellt, einschließlich Dolmetschern und geschultem Personal.

### BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALE EINGLIEDERUNG

Programme zur Förderung inklusiver Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen sollen entwickelt werden, ebenso wie Aus- und Weiterbildungsprogramme zur Verbesserung ihrer Arbeitsmarktchancen.

### ANERKENNUNG VON MIGRANTISCHEN ORGANISATIONEN ALS SCHUTZ- UND UNTERSTÜTZUNGSRÄUMEN

Migrant:innenorganisationen sollen als sichere Orte der Unterstützung für geflüchtete Menschen mit Behinderung und ihre Familien anerkannt und in das allgemeine Sozialsystem integriert werden. Der Staat sollte diese Organisationen unterstützen, da sie wesentlich zur gleichberechtigten Teilhabe und sozialen Stabilität beitragen.

**Halle an der Saale empfiehlt:**

## **KOMPETENZEN IM UMGANG MIT SPRACHBARRIEREN STÄRKEN**

Der Werdegang älterer Geflüchteter sollte bedarfsorientiert unterstützt werden. Durch gezielte Sprachförderung sollen Einstiegschancen auf gute Arbeit erhöht werden. Dies ermöglicht Teilhabe durch Bildung und öffnet das Engagement für ältere migrantische Menschen.

## **AUFKLÄRUNGSSEMINARE IN LEICHTER SPRACHE**

Es sollen Seminare über die Rechte älterer geflüchteter Menschen in einer demokratischen Gesellschaft angeboten werden. Diese Seminare in leichter Sprache helfen älteren Geflüchteten, ihre Rechte besser zu verstehen und sich in ihrer neuen Umgebung zurechtzufinden.

## **FLEXIBLE UND KULTURSENSIBLE GESUNDHEITSVERSORGUNG**

Die Gesundheitsdienste in Halle sollten ihre Angebote an ältere migrantische Menschen anpassen und differenzieren. Dies kann durch aufsuchende und niedrigschwellige Angebote in den Communities der Geflüchteten geschehen. Eine kultursensible Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig, um Vertrauen aufzubauen und die Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten zu fördern. Zudem sollten innovative Ansätze wie interkulturelle Schulungen mit Einbeziehung von Dolmetscher:innen für die Gesundheitsdienste implementiert werden.

## **SPEZIFISCHE STRUKTURFÖRDERUNG VON MIGRANT:INNENORGANISATIONEN**

Um eine dauerhafte Aufmerksamkeit auf die vulnerable Gruppe älterer geflüchteter Menschen in der kommunalen Arbeit zu verankern und die wertvolle Arbeit der Ehrenamtlichen in Migrant:innenorganisationen hervorzuheben, ist eine spezifische Strukturförderung notwendig. Die Kommune sollte praktische Unterstützung anbieten, wie z.B. die Bereitstellung von Räumlichkeiten, Unterstützung bei der Finanzierung sowie die Bereitstellung von Ressourcen und Materialien.



**Mönchengladbach empfiehlt:**

## **NACHHALTIGE STRUKTURELLE UNTERSTÜTZUNG UND RESSOURCENBEREITSTELLUNG DURCH DIE KOMMUNE**

Die Arbeit des VKI sollte durch die Kommune auf struktureller Ebene unterstützt werden, beispielsweise durch gezielte Finanzierung und logistische Hilfen, um eine langfristige Wirkung im Bereich Vielfalt und Teilhabe sicherzustellen. Diese Unterstützung stellt sicher, dass der VKI seine Aufgaben kontinuierlich und professionell erfüllen kann.

## **ANERKENNUNG DES STRATEGISCHEN BEITRAGS UND DER PARTNERSCHAFT DER MSOEN IN PROJEKTEN**

Migrant\*innenorganisationen wie der VKI leisten durch ihren Zugang zu migrantischen Communities einen strategisch wichtigen Beitrag, der über die Teilnehmendenakquise hinausgeht. Für eine gleichwertige Zusammenarbeit ist es wichtig, dass dieser Beitrag als unverzichtbarer Teil der Projekterfolge verstanden wird und MSOen aktiv in die Planung und Umsetzung eingebunden werden.

## **OPTIMIERUNG DER RESSOURCEN UND VERBINDLICHE KOOPERATION MIT WOHLFAHRTSVERBÄNDEN**

Statt Ressourcen in Konkurrenz zu setzen, sollte eine engere Zusammenarbeit zwischen VKI und Wohlfahrtsverbänden gefördert werden. Dies bedeutet eine effizientere gemeinsame Nutzung von Mitteln, klar definierte Kooperationsstrukturen und eine Ausrichtung an den spezifischen Bedürfnissen der Zielgruppen, die so optimal erreicht und unterstützt werden können.



**Zielgruppe: geflüchtete Frauen (bzw. FLINTA\*, Frauen, Lesben, Intersex-Personen, Nicht-binäre-Personen, Trans-Personen und Agender-Personen\*) mit Gewalt- und Unterdrückungserfahrung mit ihren Kindern und Jugendlichen**

**Hannover empfiehlt:**

## **ANERKENNUNG DER FLUCHTURSACHE AUFGRUND VON GENDERSELBSTIDENTIFIKATION UND SEXUELLER ORIENTIERUNG**

Die Fluchtursachen, die auf geschlechtsspezifischer Gewalt und die Identität von FLINTAS und LGBTQIA basieren, müssen anerkannt werden. Diese Personengruppe ist durch psychografische Faktoren besonders vulnerabel und benötigt besonderen Schutz. Es sollten spezifische Schutzgesetze verabschiedet werden, die sowohl die körperliche als auch die seelische Integrität rechtlich schützen. Die Regierung muss sich klar gegen die Zusammenarbeit mit homophoben Regimes positionieren und finanzielle Ressourcen für psychologische Beratungen sowie zivilgesellschaftliche Projekte zur Aufklärung über Queerness und genderspezifische Gewalt bereitstellen.

## **FÖRDERUNG VON SAFER SPACES FÜR GEFLÜCHTETE MÄNNER\***

Die quantitative und qualitative Förderung von Safer Spaces für geflüchtete Männer\* ist notwendig. Bestärkungsangebote für vulnerable Zielgruppen, insbesondere FLINTA\*s mit Gewalterfahrung, sollten das Umfeld und die Personen in ihren Lebensgemeinschaften berücksichtigen. Der Fokus liegt auf der Aufklärung über patriarchalische Strukturen und deren Auswirkungen auf männliche Personen, um deren Partizipation, Gleichberechtigung und Autonomie zu fördern.

## **ERHÖHUNG DER DIVERSITÄT UND SICHTBARKEIT VON BIPOC PERSONEN**

Der Zugang für BiPoC-Personen (Black People, Indigenous People and People of Colour) zu höherer Bildung, insbesondere in den Bereichen Psychologie und Sozialwissenschaften, muss signifikant verbessert werden. Dies umfasst die Bereitstellung von Studienplätzen sowie Fort- und Weiterbildungsangeboten, die die besonderen Belastungen durch Rassismus, Migration und Flucht berücksichtigen. BiPoC Personen sollen in politischen, medizinischen und psychologischen Beratungsstellen sichtbar gemacht werden, um systemische Benachteiligungen zu bekämpfen. Zudem müssen Schutzkonzepte entwickelt werden, um BiPoC Personen in der Öffentlichkeit zu schützen.

## **FÖRDERUNG DER EIGENINITIATIVE GEFLÜCHTETER JUGENDLICHER**

Es sollen finanzielle Mittel für Projektarbeit bereitgestellt werden, die sich auf die Bedürfnisse traumatisierter Jugendlicher in Fluchtunterkünften konzentrieren. Migrantische Selbstorganisationen sollen Stellen schaffen, um gemeinsam mit geflüchteten Jugendlichen zielgruppensensible Kulturangebote und eigene Safer Spaces zu entwickeln.

## **ERHÖHUNG DES MINDESTBEITRAGS FÜR EHRENAMTLICHE AUFWANDSENTSCHÄDIGUNG VON DER EIGENINITIATIVE GEFLÜCHTETER JUGENDLICHER**

Die ehrenamtliche Arbeit mit geflüchteten Personen sollte angemessen entlohnt werden. Ehrenamtliche mit eigener Flucht- oder Migrationsgeschichte leisten unverzichtbare Beiträge in den langen und vielschichtigen Ankommensprozessen und benötigen eine angemessene Aufwandsentschädigung, um ihre strukturelle Benachteiligung auszugleichen. Diese Erhöhung ist eine Anerkennung ihrer wertvollen Leistungen und ihres Engagements in ihren Gemeinschaften.

**Koordination: Janika Bende**



Ein Projekt vom:



Gefordert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration  
Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

**München empfiehlt:**

# BEKÄMPFUNG VON RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG

Es muss ein verstärktes Engagement auf politischer Ebene geben, um Rassismus und diskriminierenden Praktiken gegenüber Drittstaatler\*innen und anderen Minderheiten aktiv entgegenzuwirken. Dies umfasst Sensibilisierungsmaßnahmen, Schulungen für Behörden und eine konsequente Verfolgung von Diskriminierungsfällen.

# VERBESSERUNG DES ZUGANGS ZU AUFENTHALTSRECHTEN UND INTEGRATION

Es bedarf einer Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren zur Beantragung von Aufenthaltstiteln und Visa für Drittstaatler\*innen. Gleichzeitig sollten Integrationsmaßnahmen gestärkt werden, insbesondere durch gezielte Unterstützung bei Bildung, Arbeitsmarktintegration und sozialer Betreuung.

# AUSWEITUNG VON UNTERSTÜTZUNGSPROGRAMMEN

Die Bereitstellung von Bufdi-Stellen (Bundesfreiwilligendienst) und ähnlichen Integrationsprogrammen muss ausgebaut werden, um Drittstaatler\*innen, insbesondere Studierenden, langfristige Perspektiven in Deutschland zu ermöglichen. Dies erfordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kommunen, NGOs und staatlichen Stellen.

**Saarbrücken empfiehlt:**

- **VEREINFACHTES UND VERKÜRZTES AFI\*-  
VERFAHREN IM SAARLAND!**
- **MEHR AFI-FÖRDERSTUNDEN FÜR KINDER UND  
JUGENDLICHE MIT BEEINTRÄCHTIGUNG**
- **SCHNELLERE TERMINVERGABEN UND  
DIAGNOSTIKMÖGLICHKEITEN FÜR ALLE KINDER  
UND JUGENDLICHEN MIT BEEINTRÄCHTIGUNG**
- **MEHR FREIPLÄTZE FÜR KINDER MIT  
BEEINTRÄCHTIGUNG IN SOZIALEN  
EINRICHTUNGEN UND BEI  
BILDUNGSANGEBOTEN, WIE Z.B. WOHNGRUPPEN**
- **MEHR FREIZEITANGEBOTE FÜR KINDER UND  
JUGENDLICHE MIT BEEINTRÄCHTIGUNG**

\*Integrationspädagogik ist ein saarländisches Verfahren nach dem SGB XII. Die Arbeitsstelle für Integrationspädagogik (Afi) unterstützt und begleitet die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Unterstützungsbedarf in wohnortnahen Kindertagesstätten und Kitas durch das Afi-Team (qualifizierte Integrationspädagog\*innen).

Die Afi ist zuständig für die Integrationsbegleitung in Kindertageseinrichtungen in der Stadt und im Regionalverband Saarbrücken und im Kreis St. Wendel.

**1. Barrierefreien Zugang zu angemessenen Unterkünften:** Geflüchtete mit Behinderungen sollten die Möglichkeit haben, aus nicht bedarfsgerechten und behindertenunfreundlichen Erstaufnahmeeinrichtungen auszuziehen. §48 und §49 Abs. 2 AsylG sollten in der Praxis durchsetzbar gemacht und explizit auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung ausgeweitet werden.

**2. Gesundheitliche Versorgung ohne Einschränkungen:** Der Zugang zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse muss auch für asylsuchende Menschen mit Behinderung gewährleistet sein, um eine vollständige und gerechte Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

**3. Rechtsanspruch auf Teilhabeleistungen:** Geflüchtete mit Behinderungen sollten einen uneingeschränkten Zugang zu Teilhabeleistungen gemäß SGB IX erhalten. Dazu sollte §100 Abs. 2 SGB IX gestrichen werden, der den Zugang zu diesen Leistungen aktuell einschränkt.

**4. Inklusive und barrierefreie Integrationsangebote:** Integrations- und Sprachkurse sollten barrierefrei gestaltet werden. Es sind inklusive Lernmaterialien, digitale Infrastruktur, Brailleschrift und Gebärdensprachdolmetschung flächendeckend anzubieten, um Geflüchteten mit Behinderungen einen gleichwertigen Zugang zu ermöglichen.

**5. Maßgeschneiderte Sprachkurse für kognitive Beeinträchtigungen:** Es sollten spezifische Sprach- und Integrationsangebote entwickelt werden, die auf die Bedürfnisse von Menschen mit kognitiven Einschränkungen abgestimmt sind. Diese Angebote müssen finanziell unterstützt und bedarfsgerecht gefördert werden.

**6. Erleichterung bei Einbürgerung und Niederlassungserlaubnis:** Menschen mit Behinderung sowie pflegende Angehörige sollten von der Verpflichtung zur Lebensunterhaltssicherung und den Spracherwerbsanforderungen ausgenommen werden. Diese Regelung würdigt die besondere Lebenssituation und die Pflege als wertvolle und notwendige Leistung.

**7. Barrierearme Entscheidungsprozesse für Niederlassung und Einbürgerung:** Bei der Beurteilung der Eignung für Einbürgerung oder Niederlassungserlaubnis sollten nicht der Gesundheitszustand, sondern die tatsächlichen Barrieren im Arbeitsmarkt berücksichtigt werden, um eine faire Chance auf Integration und Teilhabe zu schaffen.

## **MUTTERSPRACHLICHE PSYCHOSOZIALE ANGEBOTE**

Der Ausbau psychosozialer Unterstützung in der Muttersprache ist essenziell, um Traumata und psychische Belastungen besser zu bewältigen.

## **ALTERSGERECHTE WOHNFORMEN UND TEILHABEANGEBOTE**

Es müssen mehr altersgerechte Wohnmöglichkeiten geschaffen werden, die soziale Teilhabe und den Zugang zu kulturellen Angeboten fördern.

## **STÄRKERE EINBINDUNG DER MIGRANT\*INNENORGANISATIONEN**

Organisationen vor Ort sollten enger in die Betreuung und Unterstützung älterer Geflüchteter eingebunden werden, um diese effektiver zu erreichen.

## **ZUGANG ZU BILDUNG UND ARBEIT**

Arbeitsmarktprogramme, die auf die Bedürfnisse älterer Geflüchteter zugeschnitten sind, sollten entwickelt werden, um ihre berufliche Wiedereingliederung zu fördern.

## **SCHUTZ VOR UND PRÄVENTION VON GEWALT GEGEN FRAUEN**

Geflüchtete Frauen müssen durch spezielle Schutzprogramme und präventive Maßnahmen vor Gewalt bewahrt werden. Gewaltschutzkonzepte sollen auf die besonderen Bedürfnisse von alleinerziehenden, gewaltbetroffenen und analphabetischen Frauen angepasst sein und ihnen Zugang zu sicheren Unterkünften bieten. Queere Personen müssen auch Schutz vor ihren konservativen Herkunftsmilieus in Gesamtunterkünften finden und dezentral untergebracht werden.

## **KONSEQUENTE AHNDUNG GESCHLECHTSSPEZIFISCHER GEWALT**

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen geflüchtete Frauen muss konsequent verfolgt und geahndet werden. Die Gewalttäter sollen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, um ein sicheres Umfeld zu schaffen und das Vertrauen in die deutsche Justiz zu stärken.

## **ZUGANG ZU RECHTSPRECHUNG UND RECHTSMITTELN**

Spezifische Rechtsberatungsstellen und Dolmetscherdienste sollten etabliert werden, um auch analphabetischen und traumatisierten Frauen einen effektiven Zugang zu Rechtsprechung und Unterstützung bei rechtlichen Anliegen zu ermöglichen.

## **BILDUNGS- UND TEILHABEANGEBOTE**

Um die Integration geflüchteter Frauen zu fördern, sollten Bildungschancen und Teilhabeangebote ausgebaut werden, die analphabetischen Frauen und solchen mit Fluchterfahrung eine nachhaltige Perspektive bieten und ihnen den Zugang zu Deutschkursen, Arbeitsmarktförderung und Weiterbildungsprogrammen erleichtern.

## **STÄRKUNG UND UNTERSTÜTZUNG VON SCHUTZSTRUKTUREN UND MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN**

Frauenhäuser und Schutzeinrichtungen müssen ausreichend Platz und kultursensible Betreuung für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen bereitstellen. Menschenrechtsorganisationen und -initiativen, die auf kommunaler Ebene für den Schutz und die Integration dieser Frauen arbeiten, sollten gezielt gefördert und vernetzt werden.